

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Linksfraktion, Fraktion der SPD,
Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Linksfraktion, Fraktion
der SPD, Fraktion der CDU

Beratungsfolge:

16.11.2016 BVV

BVV/002/VIII

Betreff: Überprüfung der Bezirksverordneten zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das MfS/ AfNS

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordneten der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin werden hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) überprüft. Dabei wird wie folgt verfahren:

1. Der Vorsteher der BVV reicht umgehend nach diesem Beschluss Überprüfungsanträge für alle Bezirksverordneten und Mitglieder des Bezirksamtes, die am 03. Oktober 1990 mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben, bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR ein.
2. Die BVV bildet unter Leitung ihres Vorstehers ein Vertrauensgremium, welches aus jeweils einem Mitglied jeder Fraktion besteht.
3. Dieses Vertrauensgremium sichtet gemeinsam mit dem Vorsteher den Rücklauf der oben genannten Anträge. Bezirksverordnete, zu denen es Hinweise zu einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit gibt, werden vom Vertrauensgremium gehört.
4. Spätestens einen Monat nach Eingang der Ergebnisse werden in nichtöffentlicher Sitzung der BVV die Bezirksverordneten, bei denen eine Tätigkeit für das MfS/AfNS zu konstatieren ist, genannt. Die/der betroffene Bezirksverordnete und seine/ihre Fraktion/Gruppe erhalten die Gelegenheit zur Stellungnahme. Auf Antrag der Betroffenen kann die Sitzung auch öffentlich stattfinden.

5. Das weitere Verfahren ist den Fraktionen überlassen.
6. Bei NachrückerInnen wird zum Zeitpunkt ihrer Bestellung als Bezirksverordnete entsprechend verfahren.

Berlin, den 08.11.2016

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, gez. BV Daniela Billig, BV Dennis Probst; Linksfraktion, gez. BV Wolfram Kempe, BV Matthias Zarbock; Fraktion der SPD, gez. BV Roland Schröder; Fraktion der CDU, gez. BV Johannes Kraft

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Aufarbeitung der DDR- Geschichte und ihre historische Bewertung ist ein andauernder Prozess. Auch nach 26 Jahren ist dieser Prozess nicht abgeschlossen. Es war der erklärte Wille der Menschen, die in der friedlichen Revolution 1989 die Dienststellen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR besetzt hatten, eine Auseinandersetzung mit diesem Teil der DDR-Geschichte und damit dem begangenen Unrecht durch hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) zu ermöglichen. Durch die Besetzung der Dienststellen des MfS wurde die Vernichtung von Akten gestoppt und so die Stasiunterlagen der Nachwelt bewahrt.

Seit Mitte 2010 liegen der Stasiunterlagenbehörde neue rekonstruierte Akten vor, die durch ein international einmaliges Projekt mit dem Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik IPK in Berlin den gesicherten Bestand an zerrissenen Stasi-Unterlagen zugänglich machen.

Die BVV richtet wie zu Beginn der vergangenen Wahlperioden ein Vertrauensgremium ein, das die Hinweise auf eine hauptamtliche und inoffizielle Tätigkeit beim MfS bzw. AfNS sichtet. Gegenüber der BVV werden die Hinweise zu Bezirksverordneten auf eine entsprechende Tätigkeit transparent gemacht. Die/der Betroffene bzw. die Fraktion erhält hierdurch die Möglichkeit zur Stellungnahme. In nicht-öffentlicher Beratung kann sich die BVV mit den Hinweisen auseinandersetzen.

Die BVV Pankow bekennt sich mit diesem Verfahren dazu, an der weiteren Aufarbeitung der DDR-Geschichte festzuhalten.